

§ 88

Entstehung des Anspruchs auf Zulage

idF des EStG v. 8.10.2009 (BGBl. I 2009, 3366; BStBl. I 2009, 1346)

Der Anspruch auf die Zulage entsteht mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Altersvorsorgebeiträge geleistet worden sind (Beitragsjahr).

Autorin: Dipl.-Finw. Claudia **Braun**, Amtsrätin, Meerbusch
Mitherausgeber: Michael **Wendt**, Vors. Richter am BFH, München

A. Allgemeine Erläuterungen zu § 88

1

Schrifttum: Siehe Vor § 79.

Grundinformation zu § 88: Die Vorschrift regelt den Zeitpunkt, zu dem der Anspruch auf Altersvorsorgezulage entsteht.

Rechtsentwicklung des § 88:

► *AVmG v. 26.6.2001* (BGBl. I 2001, 1310; BStBl. I 2001, 420): Die Regelung wurde durch das AVmG neu in das Gesetz eingefügt. Sie ist Teil des XI. Abschnitts und damit Teil des Verfahrens zur Gewährung und Verwaltung der Altersvorsorgezulage. § 88 ist wie auch die übrigen Vorschriften des XI. Abschnitts zum 1.1.2002 in Kraft getreten (Art. 35 Abs. 1 AVmG). Frühestens zu diesem Zeitpunkt können begünstigte Altersvorsorgebeiträge auf einen Altersvorsorgevertrag bzw. in eine Pensionskasse, einen Pensionsfonds oder eine Direktversicherung eingezahlt werden. Daher kann auch frühestens für das Jahr 2002 ein Anspruch auf Altersvorsorgezulage entstehen.

Bedeutung des § 88: Die Gewährung der Altersvorsorgezulage nach dem XI. Abschnitt soll einen Anreiz zum Aufbau einer zusätzlichen privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge bieten, damit der Stpfl. im Alter über eine zusätzliche regelmäßige Einnahmequelle bis zum Tod verfügt. Zu Einzelheiten zur Bedeutung der Einführung des XI. Abschnitts vgl. Vor § 79 Anm. 2 ff. Da das Zulageverfahren nach dem XI. Abschnitt – losgelöst vom Besteuerungsverfahren – ein eigenständiges Verfahren ist, bedurfte es der gesetzlichen Festlegung, wann der Anspruch auf Zulage entsteht. § 36, der die Entstehung der ESt regelt, war somit nicht einschlägig. Durch die Regelung in § 88 wird sichergestellt, dass das Entstehen des Anspruchs auf Zulage mit Ablauf des Kj. der Beitragszahlungen zeitlich mit dem SA-Abzug nach § 10a für die geleisteten Beiträge einhergeht.

B. Entstehung des Anspruchs auf Zulage

Der Gesetzgeber hat sich bei der Altersvorsorgezulage für eine Jahresförderung entschieden, die mit Ablauf des Beitragsjahres entsteht. Dies gilt auch in den Fällen, in denen die Beitragszahlungen bereits im laufenden Kj. enden, zB weil der Anleger den Vertrag ruhend stellt oder im Laufe des Jahres die Altersgrenze erreicht und damit von der Ansparphase in die Auszahlungsphase wechselt. Damit Zulagen, die erst nach Beginn der Auszahlungsphase auf den Vertrag überwiesen werden, keine Neuberechnung der Rentenleistungen oder der Raten aus dem Auszahlungsplan erforderlich machen, hat der Gesetzgeber im Rahmen des StÄndG 2001 in § 90 Abs. 2 geregelt, dass der Anbieter diese Zulagen direkt an den Anleger auszahlen darf. Allerdings unterliegen diese gem. § 22 Nr. 5 Satz 1 der Besteuerung.

Tritt im Laufe des Beitragsjahres eine schädliche Verwendung (§ 93) ein, dürfte für dieses Jahr kein Anspruch auf Zulage mehr entstehen, denn durch die Auszahlung des Kapitals mangelt es im Entstehungszeitpunkt an förderfähigen Altersvorsorgebeiträgen.